

20.01.2005

Winfried Hermann, Fortschrittsbericht nachhaltige Entwicklung

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Winfried Hermann.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Braun, Sie haben Recht: In Sachen Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsstrategie stehen wir unter einer kritischen Beobachtung. Die Umweltverbände, die Sie zitiert haben, haben uns das Zeugnis ausgestellt, das wir in den letzten Jahren in einigen Bereichen - etwa bei der Energieversorgung, beim Klimaschutz, beim Verbraucherschutz, in der Landwirtschaft oder auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme - wirklich wichtige Weichenstellungen vorgenommen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich sage gleich selbstkritisch dazu: Der ganz große Strategiewechsel in allen Politikfeldern hin zur Nachhaltigkeit - das haben auch Sie gesagt und diese Einschätzung teile ich - ist noch nicht gelungen. Das liegt aber auch daran, dass die Nachhaltigkeit eine sehr große und langfristige Aufgabe ist. Es ist - das ist auch im Beirat Konsens - eine Aufgabe für Marathonläufer. Um das zu erreichen, was uns vorschwebt, braucht man Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte.

Was sind die Gründe dafür, dass es so langsam vorangeht? Wir müssen anerkennen, dass mit dem schönen Begriff der Nachhaltigkeit die alten Interessenkonflikte in der Politik nicht einfach verschwinden. Auch die Fraktionen müssen sich selbstkritisch fragen: Sind wir tatsächlich immer der Anwalt der Nachhaltigkeit und der **Langfristperspektive**? Oder ist es nicht oft so, dass sich auch in den Fraktionen immer wieder die Lobbyinteressen der alten Strukturen, der Industrien und des Mittelstands, die unter Umständen sehr engstirnig sein können und nicht der Nachhaltigkeit entsprechen, durchsetzen?

(Helge Braun [CDU/CSU]: Diese Engstirnigkeit sichert Arbeitsplätze!)

Ursächlich sind also widerstreitende Interessen, Ressortborniertheit in den Parteien und Fraktionen sowie manchmal auch ein fehlender Zusammenhang in den verschiedenen Politikfeldern. Nicht zuletzt ist es so, dass man sich in der Politik und damit auch im Parlament zu sehr an der vierjährigen Legislaturperiode orientiert. Das ist, bezogen auf die Nachhaltigkeit, sehr kurzfristig.

Der Bundesregierung ist es meines Erachtens mit der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie gelungen, dieses Defizit innerhalb des Regierungsapparates Stück für Stück zu überwinden und abzubauen. Man muss einfach wissen, dass es in der Zeit, bevor das rot-grüne Kabinett seine Arbeit aufnahm, sehr wenig Ressortabstimmung und schon gar keinen Bezug auf ein Gesamtkonzept der Nachhaltigkeit gab. Seit wir uns damit beschäftigen, sind die Ressorts gezwungen, ihre eigenen Politikfelder mit denen der anderen zu verweben und sich an dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu orientieren.

Der Fortschrittsbericht macht auch Folgendes deutlich: Wenn man sich die **Indikatoren** anschaut, um zu überprüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind, dann zeigt sich an vielen Punkten, dass wir in die richtige Richtung gehen. Das sieht auf den ersten Blick recht gut aus. Aber bei genauerer Betrachtung der Lage muss man doch feststellen, dass wir zwar auf der richtigen Spur, aber viel zu langsam sind. In den meisten Fällen werden wir mit dem bisherigen Tempo nicht schnell genug da hinkommen, wo wir

hinkommen wollen. Beispiele dafür sind der Ressourcenschutz, der Klimaschutz, die Innovationen oder der ökologische Landbau. Überall sind wirklich große Fortschritte festzustellen, aber gemessen an den globalen Herausforderungen und an den absolut notwendigen Zielen sind wir einfach noch zu langsam.

Vielfach wurde kritisiert, dass wir den Nachhaltigkeitsbegriff und die Strategie - so habe ich den Beitrag des Kollegen Braun ein Stück weit verstanden - zu ökologisch deuten. Aber ich finde, dass die Bundesregierung mit ihrem Ansatz klar gemacht hat, dass sie alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigen will. Anstatt nach dem Motto "hier ein bisschen sozial und da ein bisschen ökologisch" vorzugehen, hat man Querschnittsthemen formuliert und Nachhaltigkeitsziele deutlich gemacht - sozialer Zusammenhalt, Lebensqualität, globale Verantwortung, Generationengerechtigkeit -, anhand derer man diese Dimensionen verschnürt.

(Helge Braun [CDU/CSU]: Es sei denn, es wird konkret!)

Ein Wort zu den **Zielen**. Astrid Klug hat gesagt: Eine ganze Reihe von Zielen wird unterstützt. Aber wir mussten auch feststellen, dass die Ziele nicht konsistent sind oder dass es nicht in allen Bereichen kurz-, mittel- und langfristige Ziele gibt. Auch sind die Zielzeitperspektiven nicht überall gleich. Mal sind es fünf Jahre, mal sind es zehn Jahre. Ich meine, eine gute Strategie müsste systematisch und konsequent sein und zwischen den verschiedenen Zielen unterscheiden. Zu kritisieren ist auch - darin unterstütze ich den Kollegen Braun -, dass in manchen Bereichen, etwa im Bildungssektor, auf falsche Ziele bzw. Indikatoren gesetzt wird. Die Studienanfängerquote sagt eigentlich nichts aus. Entscheidend ist die Abschlussquote. Solche Quoten sagen zudem nichts über die Qualität der Ausbildung aus. Wir brauchen auch eine Aussage darüber, ob unser Bildungs- und Forschungssystem wirklich nachhaltig ist. Es geht nicht nur um formale Abschlüsse, sondern es muss sich auch etwas an der Qualität der Bildung ändern. Es gilt also, die Lücken zu schließen. Wir haben in unserem eigenen Bericht deutlich gemacht, wo es langgehen könnte.

Wir haben ein Problem, die Strategie zu kommunizieren. Das ist ganz offenkundig. Die Öffentlichkeit und die **Medien** nehmen die Nachhaltigkeit zu wenig wahr. Wir hatten auf einer Fraktionsveranstaltung Friedrich Küppersbusch zu Gast, den manche aus vergangenen Tagen aus den Medien kennen. Wir haben ihm die Frage gestellt: Warum transportieren Medien das Thema nicht? Er hat gesagt: Das ist eigentlich offensichtlich. Medien sind orientiert an Konflikten, an Personalisierung, an einfachen und schnellen Antworten, möglichst tagesaktuell. - Das alles sind Elemente, denen Nachhaltigkeitsbegriff und -strategie entgegenstehen. Das macht es auch so schwer, das Thema zu transportieren. Trotzdem müssen wir darauf bestehen, dass auch Medien Verantwortung in der gesellschaftlichen Debatte haben. Sie müssen dafür sorgen, dass dieses Thema in die Gesellschaft hineingetragen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Als Politiker bzw. Politikerinnen haben wir auch eine Verantwortung. Nehmen wir das Beispiel Agenda 2010. Es bestand die Chance, die Agenda 2010 mit der Agenda 21, mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung, zu verknüpfen. Ich unterstütze ausdrücklich die Aussagen von Astrid Klug. Wenn Politik in diesem Zusammenhang zunehmend die Agenda 2010 als eine Arbeitsvermittlungsstrategie, eine Kosteneinsparstrategie oder als Strategie kommuniziert, wie wir das Arbeitslosengeld II organisieren, dann trägt sie dazu bei, dass das eigentliche Konzept verkürzt wird. Als geneigter Bürger - oder auch nicht - hat man schließlich den Eindruck: Das Einzige, was die Agenda 2010 und die Agenda 21 gemeinsam haben, ist das schicke Wort "Agenda". Unsere Aufgabe wird es sein, den Anstoß zu liefern, dass das Konzept der Agenda 21 mit den Sozialreformen zusammengedacht wird und darüber hinaus deutlich gemacht wird, dass die Agenda 21 weit mehr bedeutet als die Klärung der Finanzfragen der sozialen Sicherungssysteme.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Im Fortschrittsbericht der Bundesregierung wurden **neue Schwerpunkte** gesetzt: Klima schützen,

Energie effizient nutzen, gesund produzieren, gesund ernähren, Mobilität sichern, globale Verantwortung übernehmen. All dies sind Punkte, an denen man deutlich machen kann, dass es eben nicht nur um abstrakte Handlungsfelder und Ziele geht, sondern um ganz konkrete Aufgaben. Das waren klug gewählte Schwerpunkte. Es macht Sinn, dass man im Rahmen einer solchen Strategie nicht alles auf einmal versucht. Ansonsten erweckt man den Eindruck, dass man zwar die Planwirtschaft der DDR überwunden hat, aber über die Nachhaltigkeitsplanung an eine neue Form der Planbarkeit der Gesamtgesellschaft denkt. Das darf nicht sein. Wir müssen Schwerpunkte setzen und diese unter klaren strategischen Perspektiven angehen.

Hierzu gehört zum Beispiel die klare Zielformulierung beim Klimaschutz. Ich begrüße, dass die Reduzierung von Treibhausgasen um 40 Prozent angestrebt wird, sage aber für meine Fraktion dazu: Wer wirklich globale Verantwortung trägt, der sollte sich nicht damit herausreden, dass er auf die Verantwortung anderer verweist. Er muss sie vielmehr selbstständig und unabhängig tragen und trotzdem die anderen in Europa auffordern, mit uns mitzuziehen.

Der neue Schwerpunkt "Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft" gefällt uns gut, denn damit kommt man weg vom Jammern über das Altwerden hin zum Überlegen, was wir tun müssen, um positive Ergebnisse zu erreichen. Bei der Energiepolitik geht es auch um neue Strukturen, um alternative Treibstoffe und neue Antriebstechnologien. Wir formulieren dazu den Kernsatz: Weg vom Öl! - Das sind, Kollege Braun, wirkliche Zukunftsaufgaben. Sie sind schon etwas arg kurzsichtig, wenn Sie all diese Themen nicht als Zukunftsaufgaben ansehen.

(Helge Braun [CDU/CSU]: Das hat keiner gesagt!)

Man mag zwar sagen, dass das nicht ausreicht. Bildung und Innovation sind wichtig - keine Frage -, aber auch in diesem Bereich werden wichtige Zukunftsaufgaben angesprochen, die wir deutlich unterstützen wollen.

Wir bedauern, dass der Bereich Biodiversität herausgefallen ist. Wir bedauern, dass die **ökologische Finanzreform** nicht zu den neuen Schwerpunkten gehört. Klar ist: Wer für diesen Bereich keine nachhaltige Antwort findet, der kann keine funktionierende nachhaltige Strategie präsentieren. Ich füge aber gleich hinzu: Wir hängen nicht der einfachen Vorstellung an, dass es bei der ökologischen Finanzreform nur um die Frage der Staatsfinanzen und Verschuldung geht. Das Thema ist komplexer. Es geht nicht nur darum, welche Einsparungen wir heute vornehmen können, damit für die nachfolgenden Generationen etwas übrig bleibt, sondern auch darum, welche Zukunftsinvestitionen wir heute tätigen, damit deren Chancen gewahrt bleiben. Beide Aspekte müssen zusammen bedacht werden, um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Zum **Ausblick**: Wir haben uns vorgenommen, einige weitere Denkanstöße zu geben. Wichtig ist unserer Meinung nach nicht nur, dass der Beirat ein kritischer Begleiter der Bundesregierung ist - das werden wir weiterverfolgen -, sondern wir müssen auch neue Aufgaben angehen und damit die gesellschaftliche Debatte anstoßen. Wir müssen einen Beitrag zur Klärung der Frage leisten, wie wir unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels zukünftig die Infrastruktur organisieren und finanzieren können. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was wir wie auch die Kommunen uns noch leisten können. Wir müssen uns auch die Frage stellen, wie wir Versorgungssicherheit etwa bei den Treibstoffen und Energiestoffen realisieren können.

Ich meine, wir sollten uns auch einer weiteren schwierigen Frage stellen, die im Parlament und in der Politik zu wenig diskutiert wird - -

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit schon deutlich überschritten.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. - Wir müssen uns auch der schwierigen Frage stellen, was wir weiterentwickeln wollen: Wo wollen wir wachsen und wo nicht? Wie sieht ein nachhaltiges Entwicklungskonzept für die Gesellschaft aus?

Ich komme jetzt zum Schluss.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Nein. Das ist, glaube ich, ein guter Schlusssatz gewesen, den sicherlich jeder verstanden hat.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker [SPD])

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn die Präsidentin das als guten Schlusssatz bezeichnet, dann bedanke ich mich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)